

21. Juli 1919

# Naale-Zeitung

Deiundfünfzigster Jahrgang.

**Bezugsprels**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich  
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark  
ausw. Zustellungsgebühr. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bestellungen werden  
von allen Buchhandlungen ange-  
nommen. Im amt. Zeitungsverzeich-  
nis unter Naale-Zeitung einge-  
tragen. Sie unterliegt eingegan-  
gene Manuskripte wird keine Gewähr  
übernommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe, Naale-Zeitung ge-  
stattet. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;  
Verlags-Red. Leipzig Nr. 4609.

**Anzeigen**  
werden d. 8. Spalt. 30 mm br. Milli-  
meterpreis oder deren Raum mit  
20 Pf. berechnet u. in unferen An-  
nahmenstellen u. allen Anzeigenge-  
schäften angenommen. Reklamen  
die 20 mm br. Millimeterpreis 60 Pf.  
Anzeigen - Pannschlüssel form.  
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds.  
u. Abt. Abbestellungen, femer zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungsort: Halle. Erstaus-  
gabe tgl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
l. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Herrn Promenade 17. Geschäfts-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 335.

Halle, Sonntag, den 20. Juli.

1919.

## Der Proteststreik in Frankreich verlagt.

Versailles, 19. Juli. Nach einer Unterredung mit Clemenceau hat der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes gestern beschlossen, den für den 21. Juli geplanten: allgemeinen Ausbruch zu verlagern.

(Der Beschluß zeigt wieder einmal, wie falsch man stets ist in den Beschluß. Arbeiterstreik, vor allem in den Kreisen der Unabhängigen die Stellung der französischen Arbeiter einflößt.)

Bern, 19. Juli. Die „Stampa“ erklärt im Leitartikel über den drohenden Streik, daß der internationale Protest gegen die Werksregierungen durchaus berechtigt ist, da sie keine ihrer während des Krieges gegebenen Verpflichtungen erfüllt und anstatt Freiheit und Gleichheit der Welt festzusetzen und Ungleichheit gebracht hätten. Der Protest des Proletariats ist daher eine ernste Mahnung für den Verband. Das Blatt bedauert, daß die Einheitsfront der internationalen Kundgebung nicht gescheitert ist, und bezweifelt aus diesen Gründen die Zweckmäßigkeit des 48 unabhängigen Streiktes für 21. Juli.

Bern, 19. Juli. Der Zentralrat des internationalen Eisenbahnerbundes hat beschlossen, die Entschädigung für die gegen die Teilnahme am Generalstreik den Vertrauensleuten der Ortsverbände zu übertragen. Die bürgerliche Presse sieht in diesem Beschluß eine Bestätigung des Streikgedankens der Eisenbahner.

WTB. Rom, 19. Juli. Agenzia Stefani. Der Gedanke 24 Generalstreik scheint immer mehr an Boden zu verlieren. Zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen aller Berufs teilen mit, daß sie am Streik vom 21. Juli nicht teilnehmen.

## Zum großen Streik am Montag.

Berlin, 19. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) In der heutigen Vollversammlung der unabhängigen und kommunikativen Groß-Berliner Arbeiterkräfte war der wichtigste, erst nachträglich auf die Tagesordnung gesetzte Punkt die Stellungnahme zum 24-Stunden-Generalstreik am Montag, durch den nach Beschluß der unabhängigen Arbeiter- und Betriebsräte Groß-Berlins einmütiger Protest der gesamten internationalen Arbeiterschaft gegen den Versailles-Gewaltfrieden erhoben werden soll. Bei der Abstimmung darüber wurde die Resolution der I. E. P. D. - Arbeiterkräfte gegen eine Stimme angenommen. Als lebenswichtig sollen nur die Betriebe, die sich mit dem Betrieb von Brot, Milch und Fleisch betreffen, gelten und demnächst aus und von der allgemeinen Arbeiterschaft angenommen sein. Nach Mitteilungen aus der Versammlung sollen sich die Gewerkschaften geschlossen am Streik beteiligen. Erfahrungen in der Gaslieferung sollen jedoch nicht zu befürchten sein, da die Gaswerke für fünf Tage mit Gasvorrat versehen sind. Auch die Elektrizitätsarbeiter haben nach einer weiteren Mitteilung beschlossen, sich an dem Streik zu beteiligen. Man ist in Berlin jedoch der Ansicht, daß sich ein großer Teil der Arbeiter am Montag an der Arbeitsstätte einfinden dürfte.

## Die Krankenhäuser usw. ohne elektrisches Licht.

WTB. Berlin, 19. Juli. (Drahtnachricht.) Der Direktor des Elektrizitätswerkes Groß-Berlin teilt mit, daß am Montag von 6 Uhr früh bis abends 8 Uhr der Streik wird und nicht einmal an die Krankenhäuser usw. Strom abgegeben werden kann. Zu Betriebe der Hochbahn wird der Generalstreik zwar ermartet, eudgültig ist jedoch hierüber noch nicht entschieden worden. Bei den Eisenbahnern ist die Stimmung im allgemeinen gegen den Streik, dagegen werden auch die elektrischen Straßenbahnen aller Voraussicht nach nicht verkehren. In der Industrie rechnet man nicht mit einem Generalstreik, jedoch mit bedeutenden Zeitstreiks.

## Keine Arbeitsruhe in Graz.

WTB. Graz, 19. Juli. Eine Versammlung der Arbeiterkräfte hat beschlossen, nach dem Beschluß der Parteileitung am 21. Juli keine Arbeitsruhe einzuführen, sondern am Sonntag eine Kundgebungsversammlung abzuhalten.

## Erste Streiklage in England.

WTB. Amsterdam, 19. Juli. „Telegraf“ meldet aus London: Die Lage in Nordengland infolge des Streiks bei der North Eastern Eisenbahn ist ernst. Die Leitung des Eisenbahnverbandes ist einzig am Werk, um den Konflikt beizulegen.

## Aufnahme des Paketverkehrs mit Amerika

10 000 Briefe aus Chicago allein bereits unterwegs.  
Amsterdam, 19. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des Pressbüros des Postdepartement in Washington teilt das Postdepartement mit, daß der internationale Postdienst mit Deutschland wieder aufgenommen werden. Es werden Pakete bis zu 11 Pfund angenommen werden. Aus Chicago wird gemeldet, daß die deutsche Bevölkerung in der ersten 24 Stunden nach der Wiederaufnahme des Postverkehrs mit den Mittelstaaten 10 000 Briefe abgesetzt habe.

## Der erste demokratische Parteitag.

(Eigener Drahtbericht der Naalezeitung.)

C. S. Berlin, 19. Juli 1919.

Der erste allgemeine Parteitag der deutsch-demokratischen Partei, den ein Jugend- und ein Frauenrat vorangegangen waren, erfreute sich eines außerordentlich starken Besuches aus allen Teilen des Reiches. Auch aus dem besetzten Gebiet sind zahlreiche Vertreter ameldend. Auf der Vorstandstribüne sieht man fast alle Minister und gewissen Minister im Reich und in Preußen und aus den Bundesstaaten. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung ist infolge der Weimarer Verhandlungen zunächst nur spärlich vertreten, dagegen ist die Fraktion der preußischen Landesversammlung fast vollständig erschienen. Genjo findet auch von den Einzelgänger des Südens bekannte Parlamentarier ameldend. Etwa um 15 Uhr eröffnete der jetzige Vorsitzende der Partei, Herr Handelsminister Fischer, die Verhandlungen mit feierlichen Worten der Begrüßung. Er erinnerte an die Geburtsstunde der neuen Partei. Treue deutsche Männer vereinigten sich unter der Parole: Wiederaufbau des Vaterlandes auf demokratischer Grundlage. Wichtige Umstände verhierten ein früheres Zusammenkommen des Parteitag. Derselben seien im Zentrum, die da meinen, die neue Partei werde nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Wir freuen uns des starken Besuchs. Aber auch gewisse der Bemut überkommen uns, wenn die Wände schweigen lassen über die Reiben der Freunde, die hier zusammenkommen. Wir erblicken manchen alten Kampfgesellen, der Schulter an Schulter mit uns stand, von dem wir wissen, daß er heute zum letzten Male in unsere Mitte weist, weil er mit seiner heimatischen Scholle in uns getrennt wird. Aber so ist es nicht, wir sind hier zusammen, um mit uns noch einmal zusammen Zeugnis abulegen für das gemeinsame deutsche Vaterland. (Lebhaftes Bravo!) Wir versichern dagegen: Wir vergessen Euch nicht. Wir denken an Euch, und wir hoffen auf den Tag an dem die Wölfer des Reiches, was ich jetzt angeht, wird, wieder zumachen (Lebhaftes Zustimmung). Und nun Gläubig zur Arbeit! Namens des bisherigen Vorstandes lege ich die Beschlüsse, die wir bisher inne hatten, in Ihre Hände zurück.  
Es wird darauf zur

### Wiesenschl

geschritten. Der vorläufige Vorsitzende schlägt vor, zum ersten Vorsitzenden den Abg. Oberbürgermeister Koch-Kassel (Lebhaftes Bravo!) zum stellvertretenden Vorsitzenden mit gleichen Rechten den Vizepräsidenten der preußischen Landesversammlung den Abgeordneten Dr. Frenkel, Hrl. Dr. Bäumer, Geheimrat Gerlach und Herrn Abg. Dr. Dill-München. Zu Beisitzern werden vorgeschlagen Lehrer Werten-Berlin, Abg. Bed. Hg. Schmidt-Potsdam-Schleien, Dr. Herrmann-Danzig, Abg. Hertmann-Kreuzlingen. Zu Schriftführern werden vorgeschlagen Geh. Regierungsrat Dr. Schneider und Dr. J. Berner. Es ergibt kein Widerspruch. Die vorgeschlagenen sind gewählt.

Darauf übernimmt Oberbürgermeister Koch-Kassel den Vorsitz, indem er ausführt:

Nicht leichten Serzens übernehme ich den Vorsitz in diesem Parteitage. Es gilt einer Partei in drei Tagen Richtung, Programm und Schranken zu geben, die in edler und schöner Begeisterung alle Stufen der Zeit überstanden hat. Es gilt die Aufgabe zu lösen in einer Zeit hochgradiger politischer Erregung, in einer Zeit, wo wir an der Schwelle einer Zukunft stehen, deren Inhalt für uns noch in höchsten Nebel gehüllt ist. Diese Zukunft darf nicht von Parteien geregelt werden, die unter dem Druck eines religiösen oder wirtschaftlichen Dogmas stehen (Lebhaftes Beifall). Dieser Zukunft kann auch nicht von Parteien allein geregelt werden, die sich einseitig aus einer bestimmten Klasse der Bevölkerung zusammensetzen. Diese Zukunft muß gestaltet werden von einer Partei, die ihre Wurzeln in allen Kreisen der Bevölkerung hat, von einer Partei, die auf der Grundlage demokratischer, nationaler und sozialer Gesinnung arbeitet. Wir können die großen Aufgaben nur lösen, wenn wir alle in der großen Partei zusammenhalten. Noch niemals ist in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands das Bedürfnis nach großen und starken Parteien, die ohne Abwechslungsbedürfnisse ihren eigenen Weg suchen, so groß gewesen, als heute. Noch niemals ist es so notwendig gewesen, große Parteien zu bilden. Lassen Sie uns die Partei so führen, daß wir in demokratischem Sinne den Sieg erringen.

Darauf hat Herr Werten den Parteitag im Namen der Berliner Demokraten herzlich willkommen. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß alle Verhandlungen gelassen sein möchten von dem Geiste der Eintracht, von dem Karlau Müller zur Nacht wie von dem Geiste der Verantwortung nicht gegenüber der Partei, sondern gegenüber unserem schwergeprüften Vaterlande (Lebhaftes Bravo!). Wenn dieser Geist unsere Verhandlungen befeht, dann haben wir keinen Zweifel und keine Sorge, daß jeder, der hier erschienen ist, heimkehren wird zur Landmannschaft mit neuem Mut mit neuer Begeisterung und großer Arbeitsfreudigkeit. In diesem Sinne wünschen wir der Beclamung einen harmonischen Verlauf.

Darauf erklärte Chefredakteur Kahlke den Geschäftsbericht der Parteileitung. Er gab zunächst ein Bild von der Entwicklung der Partei, erinnerte an die Haltung Streotemanns, der aus politischen und persönlichen Gründen die Deutsche Volkspartei organisiert. Bei der Parteigründung handelte es sich um eine Fusion aus zwei alten Parteien. Es wurde eine neue Partei geschaffen. Dagegen könne man von der Deutschen Nationalen Volkspartei das Wort gebrauchen: das

Tafelrand von den Massen sagte: Man braucht nur etwas zu tragen, da steht der alte Charakter da, und man braucht der Deutschen Nationalen Volkspartei ebenfalls nur etwas von ihrem Sinn abzugeben, dann stehen die alten Konjunktiven da (Lebhaftes Zustimmung). Die Deutsche Volkspartei ist die Nachfolgerin des schmerzindustrialen Flügels der Nationalliberalen. Diese Partei hat den Unfrieden politischen Namens, aber ich erinnere nur daran, daß sie bei den Wahlen, nur 44 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Das ist ein Beweis, wie wenig geschäftsfertig dieser Name ist. Wir geben in unserer Politik davon aus, daß eine rein sozialdemokratische Mehrheit verhärtet werden mußte. Umgekehrt hätte die Wahl einer reaktionären Mehrheit die internationale Lage erschwert, die innenpolitischen Zustände verschärft und die Bildung eines arbeitsfähigen Parlaments verhindert. Leider haben bei den Wahlen nicht alle Wahlkreise die Verbindung mit unserer Partei eine Listenverbindung ein, und nur in vier Fällen mit den Parteien, die zu den reaktionären getrennt werden müßten. Ungefährdeter schwer war die Arbeit der Reichsgeschäftsstelle. 100 000 von unseren Flugblättern wurden verbrannt. Drohungen wurden unterwegs angefallen, unsere Kandidaten wurden in einer Reihe von Fällen von den Separatisten verhaftet. Bei diesen Schwereiten, leisteten wir uns auf dem Gebiet der Parteigründung: Flugblätter, Reden und Geld. Wir haben uns hier in Berlin unter den größten Schwierigkeiten bemüht, die zum Wahlsieg notwendigen Mittel zusammen zu bringen. Das war nicht leicht. Und wenn wir eine Lehre daraus ziehen müssen, so ist es die: Die Partei muß finanziell aus sich heraus so gefestigt werden, daß sie jedem Kampf gewachsen ist. Sie muß ihre Mittel aus den Mitgliederbeiträgen aufbringen, um niemals in die Abhängigkeit von Kapitalisten oder Interessengruppen zu geraten. (Lebhaftes Beifall.) In Flugblättern wurden von der Parteileitung insgesamt 30 allgemeine Inhalts ausgegeben in einer Gesamtmenge von 10 670 000. Dazu kommen noch Flugblätter der Frauen mit einer Auflage von 4 800 000. Die Partei erhielt insgesamt bei den Wahlen am 19. Januar 5 641 825 Stimmen und 74 Mandate. Dazu kommt dann noch ein Solipsismus aus Gewerkschaften. Wir haben das Bestreben, nicht nur in Berlin unter sich zu helfen, sondern, dann wären wir stärker als diese Partei werden. Jedemfalls kann man sagen, daß die Deutschdemokratische Partei die stärkste bürgerliche Partei ist. In ihren Reihen stehen acht Kaufleute und Industrielle, sieben Landwirte, sieben Vertreter von Arbeitern, Angestellten und Beamtenorganisationen, acht Schriftsteller, 13 Staats- und Kommunalbeamten, 16 Richter und Anwälte, sieben Schullehrer und Mittelständler und fünf Frauen. Ich gebe mit besonderer Freude der kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren Frauen. Der Hauptortstand trat zu 41 Sitzungen zusammen. Die Zahl der Mitglieder des vorläufigen Hauptortstandes beträgt 127. Der geschäftsführende Ausschuss hat bisher 28 Sitzungen abgehalten. Seine Aufgaben waren im wesentlichen erfüllt, insbesondere finanzieller Natur. Trotz der Jugend unserer Partei sind wir doch an Mittelüberzahl auf der Höhe der Reichsgeschäftsstelle. Dieser Betrag ist bisher bekannt geworden ist, bestehen 2042 Ortsgruppen bei 73 Kreisverbänden und 10 Bezirksverbände, bei einer Mitgliederzahl von 787 946. Das ist aber durchaus nicht die Gesamtzahl. Es stehen noch aus die Angaben aus den besetzten Gebieten. Wenn wir einen Durchschnitt machen, dann dürfen wir legen, daß wir

mehr als 900 000 organisierte Mitglieder haben. (Bravorufe). Sie rufen: Bravo! Ich hätte gernwünscht, Sie hätten gerufen: Das ist wenig! Die Mitgliederzahl muß verdoppelt und verdreifacht werden. Das ist möglich, und wir müssen es schaffen, wenn wir nur wollen. Die stärkste demokratische Organisation besteht in Württemberg mit 49 000 Mitgliedern. Dann folgt Hamburg mit 40 000 Mitgliedern. Dann kommt der Wahlkreis Hessen-Nassau-Brandenburg mit 39 120 Mitgliedern und Teutoburg mit 38 725 Mitgliedern. Ich glaube, daß alle Bezirksverbände diesem Vorgehen nachstreben. Das ist die Partei hat insgesamt 118 Parteiführer. Das ist gleichfalls zu wenig.

Alsdann erklart Herr Peterjen-Hamburg (Lebhaftes begrüßt) den

### Tätigkeitsbericht der Fraktion in der Nationalversammlung.

Zu der Kritik am Reich wurde oft betont, daß der Nationalversammlung der bekannte große Mann fehlt, der die großen Gedanken hat, um aus der Zeit der Novemberrevolution etwas Neues in Sturm zu schaffen. Ich glaube, diese Vorwürfe sind unbegründet. Wenn wir uns die Lage des deutschen Volkes, das heißt die deutsche Politik vergegenwärtigen, so ist der Vorwurf nicht aufrecht zu erhalten. Bedenken Sie auch, daß wir am Ende eines unglücklichen Krieges standen. Bedenken Sie, wie es in unserem Vaterlande ausah. Ich erinnere Sie daran, daß der Krieg in der Form des Massenkillandes fortgesetzt wurde. Die Hungerkatastrophe wurde fortgesetzt, um das Volk vollends zu zermürben. Unser gesamte Wirtschaft lag darnieder. Die Arbeiter kamen zurück, getrieben von Verlangen, ihren Anteil an dem „Kriegsgewinn“, den sie in der Heimat hatten ersehen sehen, zu fordern. In unsern Arbeit war weitgehend vorhanden. Und dann das Wichtigste: Die Nationalver-

herkunft hat die schwerste Aufgabe, die jemals eine Volksgemeinschaft zu leisten hatte. Das alles wollen Sie bedenken, wenn wir an eine Kritik an der Tätigkeit der Nationalen Sammlungen herangehen. Die Magazintendenz der Revolution hindert, eine unitarische Verfassung im großen Maß zu machen. Von einer deutschen Armee, die der Welt freitlich widerstanden hätte, war kaum eine Kompagnie geblieben, auf die sich die Nationalversammlung verlassen konnte. (Hört, hört!) So sah es im Februar 1919 aus. Die Partei war in der Nationalversammlung angewiesen, auf Kompromisse mit anderen Parteien und auf Kompromisse mit den Landtagen. So verzweigt nur auf drei Meistern unserer Arbeit: Die Reorganisation, das Sozialisierungsgesetz und auf dem Beschluß, den 1. März zum Zeitpunkt zu erklären. Gegen diese drei Punkte hat die Kritik anderer Feinde besonders eingeleitet. Aber Sie wollen sich in die Lage unserer Fraktion auch hier versetzen. Es hat uns große Mühe gekostet, in der sozialdemokratischen Partei durchzusetzen, daß das Eigentum nur gegen Entschädigung expropriert werden darf. Bei der Mehrheit haben wir ganz sicher nicht mit Begeisterung unsere Zustimmung gegeben. Und lebend wurde besonders lebhaft von unseren Parteifreunden kritisiert, daß wir der fünfjährigen Legislaturperiode halbe bis drei Viertel der Legislaturperiode demokratisch zurückzuführen wollten. Das ist der wichtigste Widerspruch eines Teiles des Parteitages. Der Redner verweist es weiter, die Vorzüge der fünfjährigen Legislaturperiode darzulegen, wobei er oft von Widerspruch unterbrochen wird. Der Frieden war für uns unannehmbar, weil er die Auslieferung von Millionen von guten Deutschen, die Anerkennung der alleinigen Schuld und die Auslieferung von Deutschen zur Aburteilung vor einem ausländischen Gericht forderte, sowie die unbegrenzte finanzielle Ausbeutung Deutschlands. Dieser Frieden entspricht niemals den 14 Punkten Wilsons. Es ist unbillig, seine Mitglieder einem parteiischen aus dem nächsten Gericht auszuliefern. (Schloßbräu) Auf des Antrages der Partei ist das Unannehmliche von der Koalitionsregierung ausgesprochen worden. Leider haben die anderen Parteien ihren Standpunkt nicht behauptet. Die Frage, weshalb der Friede so schlecht ausgefallen ist, muß durch einen Hinweis auf die fehlende Einmütigkeit in der Regierung und auf das Verhalten der Unabhängigen beantwortet werden. Wir haben kein Gefühl aus innerer politischer Überzeugung, nicht aus irgend welchen tatsächlichen Gründen heraus. Wir haben die Hoffnung, daß die demokratischen Elemente der Welt diesen Frieden nicht bestehen lassen werden.

Sodann befragt der Redner die Rede des Abg. Schiffer. Auch er hat den Austritt aus der Regierung auf Gründe zurückzuführen. (Schloßbräu) Auf des Antrages der Partei ist das Unannehmliche von der Koalitionsregierung ausgesprochen worden. Leider haben die anderen Parteien ihren Standpunkt nicht behauptet. Die Frage, weshalb der Friede so schlecht ausgefallen ist, muß durch einen Hinweis auf die fehlende Einmütigkeit in der Regierung und auf das Verhalten der Unabhängigen beantwortet werden. Wir haben kein Gefühl aus innerer politischer Überzeugung, nicht aus irgend welchen tatsächlichen Gründen heraus. Wir haben die Hoffnung, daß die demokratischen Elemente der Welt diesen Frieden nicht bestehen lassen werden.

Von der unabhängigen Sozialdemokratie trennt uns eine Welt. Wir sehen in dem Unternehmer mindestens einen gleichwertigen Faktor unseres Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist ein notwendiges Glied unserer Wirtschaft. Das auf der anderen Seite ist für uns die Sozialpolitik die Voraussetzung einer vernünftigen Wirtschaft. Für unflare Experimente selbst unter der Behilfe eines Professors. Wohlensdorf werden wir nicht zu haben sein. Solche Experimente schlagen nur zum Schaden für unsere Gesamtwirtschaft aus. Redner kritisiert in diesem Zusammenhang das Erfurter Programm und betont, daß der Weltkrieg nicht zu Gunsten der Sozialdemokratie war. (Schloßbräu) Das kapitalistische Wirtschaftssystem muß vollständig ausgetilgt werden. Die Demokraten eint der Wunsch nach demokratischer Herrschaft.

In der äußeren Politik muß das Prinzip der gegenseitigen Friedensbedingungen auch künftig unsere äußere Politik beherrschen.

Unser Ideal der Gerechtigkeit muß in den Interessen der ganzen Menschheit dringen. Wir wollen an alle appellieren auf der ganzen Welt, die mit uns gleichen Sinnes sind. (Zolender Beifall.) Der Reichliche Übergangemeister Koch-Kassel dankt dem Redner und bringt ein Telegramm in der Deutschen Demokratischen Partei aus dem Reichstag. (Zolender Beifall.) In diesem Telegramm werden die Grundsätze vorgebracht und es wird das Gebot ausgesprochen, das Deutschland hochhalten und im Sinne der Sozialdemokratie zu bleiben. (Zolender Beifall.) Der Reichliche Übergangemeister Koch-Kassel dankt dem Redner und bringt ein Telegramm in der Deutschen Demokratischen Partei aus dem Reichstag. (Zolender Beifall.) In diesem Telegramm werden die Grundsätze vorgebracht und es wird das Gebot ausgesprochen, das Deutschland hochhalten und im Sinne der Sozialdemokratie zu bleiben. (Zolender Beifall.)

Wir wollen dafür sorgen, daß diese Akzente jenseits der Grenze nicht einwirklich. (Zolender, sich immer wieder erhebender Beifall.) Diese Akzente muß fortwirken, bis die Gerechtigkeit sich bereit zu einem

besseren Frieden. Steuert nach und einem Entwurf von Professor Gerlach-Sena das folgende Telegramm nach Rom geschickt:

Dem Reichspräsidenten in Rom sendet der Vortag betaglichen Dank und Gruß. Wir werden Euch nicht vergessen, deutsche Schwestern und Brüder. Wenn Euch unsere Gedanken trennen, aber die Herzen können nicht von Herzen getrennt werden. Wir werden Euch lieblich in Treue zusammenhalten. Es muß der Tag kommen, wo Ihr zurückkehrt zu unserem großen, heiligen, unteiligen Vaterland, dem Ihr für alle Zeiten angehört werdet.

(Zolender, langanhaltender Beifall.)

Darauf berichtet der Reichspräsident über den Besichtigungstermin des Reichspräsidenten in Rom. (Zolender Beifall.)

Es werden hierzu zwei Kommissionen gewählt, die den Besichtigungstermin und die vorliegenden Anträge zum Vorkommnisse prüfen sollen. (Zolender Beifall.)

### Preussische Landesversammlung.

49. Sitzung. Berlin, 19. Juli.

Präsident Veinert eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Der Bericht der Kommissionen über die Tätigkeit der Regierung ist mit dem Bericht über die Tätigkeit der Regierung verbunden. (Zolender Beifall.)

Zur Beratung steht die Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Eisenbahnverwaltung.

Minister Deser: Die Verordnung muß umgestaltet und ein Beharrungsmaßstab herbeigeführt werden. Hier handelt es sich um Hypothek, wofür nur 2 Millionen erforderlich sind. Wenn die Zeit für die allgemeine Herabsetzung der Gehälter nicht gekommen sein wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Jedenfalls werden wir zunächst eine weitere Senkung der Lebensmittelpreise abwarten und uns mit Gehältern und Lohnfragen befassen müssen. Mit Gehältern für den Winter sind wir noch nicht fertig. Wir sehen dem Winter mit großen Sorgen entgegen, wenn nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall wieder eintritt. (Beifall.)

Abg. Schubert (Soz.) empfiehlt einen von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten eingebrachten Antrag, der die von der Regierung unter Anführung großer Mittel unternommenen Schritte zur Senkung der Volksernährungsstoffe billigt, die Regierung erlucht, an die jetzigen Löhne solange nichts zu ändern, bis nach Vereinbarung mit den Berufsvereinigungen eine neue Verabredung eintritt und die abschließende Erziehung eines Lohnmaßes für erforderlich erklärt.

Abg. Moldenhauer (D. Vpt.): Für eine Befreiung der Verhältnisse ist Voraussetzung die Freigabe des Handels.

Abg. Dallmer (D. Vpt.): Wir lehnen den Antrag ab.

Abg. Paul Hoffmann (N. S.): Geben Sie den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht, dann wird auch Arbeitsfreudigkeit wieder eintreten.

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag auf Errichtung einer Provinz Oberhessen wird an einen Ausschuss verwiesen, ein Antrag Dr. Heß (Ztr.) betreffend die Forderung des Volkshochschulwesens wird angenommen.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird die Vorlage über Maßnahmen anlässlich der Gebietsveränderungen und der Ausführung des Friedensvertrages.

Darauf wird die zweite Staatsberatung beim Ministerium des Innern fortgesetzt.

Abg. Kassel (Dem.): Es muß auf eine Vermehrung der Ersatzpolizei Bedacht genommen werden. Solange kein deutscher Einheitsstaat möglich ist, darf Preußen nicht zerfallen werden. Denn das käme nur dem jenseitigen Anlande zugute.

Abg. Dr. Regenborn (N.): Die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Wiederherstellung des freien Verkehrs und Handels ist erforderlich. Der Minister meint, zum Wiederaufbau sei geradezu ein Panatismus der Arbeit notwendig. Mit dem Abendtag und der Arbeitslosenunterstützung wird er sicher nicht groß gezogen.

Abg. Richterlein (N. S.): Die Haltung der Regierung ist schwach und unehrlich. Redner verdrückt sich ausführlich gegen die Vorlesungen des Ministers.

Abg. Moldenhauer (D. Vpt.): Wir begrüßen den Antrag Friedberg, der die Jugendlichen vor den verderblichen Einwirkungen ungeeigneter Schaulustungen schützen will. Die Regierung hat leider vielen ihrer schönen Worte noch nicht die Tat folgen lassen.

Die Beratung schließt. Der Etat des Ministeriums des Innern wird angenommen. Die Abstimmung über die Anträge wird erst nach dem Ferien stattfinden. Die Entscheidung des Ausschusses zugunsten einer Forderung für die aus Elsaß-Lothringen vertriebenen Deutschen und die Flüchtlinge aus dem Osten wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung spätestens am 10. September. Schluß 4 1/2 Uhr.

Verlegung bis 16. September.

WTB. Berlin, 19. Juli. Der Vizepräsident der Preussischen Landesversammlung beschloß, daß die nächste Sitzung erst am 10. September stattfinden soll. Auf die Tagesordnung dieser Sitzung ist der Etat des Ministeriums gesetzt.

### Der Landwirtschaftsminister über den Erstereis.

WTB. Berlin, 19. Juli. Der Landwirtschaftsminister setzte an den Ernährungsminister ein Schreiben folgenden Inhalts: Mit Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Erntebewertung ist dringend geboten, dafür zu sorgen, daß von der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiterkraft alles getan gehalten wird, was zur Unversehrtheit und Bestandhaltung des Getreides beitragen kann. Die jüngsten Wagnisse in Gommern zeigen, daß es sowohl unter den Arbeitern selbst, als auch in roborierten Kreisen der arbeitenden Klassen gewissenlose Leute gibt, die Dinge zum Neutreiben treiben und durch Gefährdung jeder auskömmlichen Ernährung die Bevölkerung an den Rand des Verderbens bringen, nur um dadurch ihren extremen Parteizweck zu dienen. Ein wirksames Mittel zur Vermeidung einer solchen Entwidlung wird darin zu finden sein, daß den Landarbeitern die ihnen vertragsgemäß zustehenden Naturalbezüge in vollem Umfange gewährt und die leistungspflichtigen Arbeitenden die Möglichkeit bekommen wird, Teile dieser Naturalbezüge in bar abzugeben. Es ist daher dringend eine Verordnung erforderlich, durch die die Arbeitgeber in die Lage gesetzt werden, alle den landwirtschaftlichen Arbeitern verträglich zustehenden Naturalbezüge etc. solche in vollem Umfange zu gewähren.

### Programm des Reichswirtschaftsministers Schmidt.

Berlin, 18. Juli. Der neue Reichswirtschaftsminister Schmidt hat heute vormittag die Ministerkonferenz übernommen und die Beschlüsse der Ministerkonferenz in einer längeren programmatischen Rede bekräftigt. Er betonte darin vor allem die achtungsbewusste Führung der Einzel- und Ausführenden und ihre schnellere verwaltungsmäßige Erledigung, ferner die Steigerung der Produktion und in der eigenen Verwaltung die Bereinigung der Zusammenlegung vieler Stellen des Reichswirtschaftsministeriums mit dem Reichswirtschaftsministerium; schließlich die Bekämpfung des Schwarzhandels u. a. m. Im Namen der Beamten begrüßte Ministerpräsident Fredebeul den Reichswirtschaftsminister und sprach die tätige Mitarbeit der Beamten und Angestellten.

### Das Betriebsrats-Gesetz.

WTB. Berlin, 19. Juli. Gegenüber anderslautenden Nachrichten in der Presse wird von zuverlässiger Stelle bemerkt, daß der Entwurf eines Betriebsratsgesetzes vom Reichswirtschaftsministerium, nicht vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet ist und in absehbarer Zeit in die Kommission der Reichswirtschaftsministerien für die Bekämpfung des Schwarzhandels eingereicht werden wird. Sodann werden in diesem Falle geht die einseitige Leistung aller erzielbaren Kräfte auf den Garnisonstädten über.

### Der Sicherheitsdienst Hamburgs.

WTB. Hamburg, 19. Juli. (Drahtnachricht.) Nach Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus Hamburg wird die Sicherheit Hamburgs hergestellt, das Polizei- und Militärwesen völlig getrennt werden. Das Einziehen des Militärs soll erst erfolgen, wenn die Polizeikräfte zur Niederdrückung von Unruhen nicht ausreichen. In diesem Falle geht die einseitige Leistung aller erzielbaren Kräfte auf den Garnisonstädten über.

### Beunruhigende Nachrichten.

WTB. Berlin, 19. Juli. In der Öffentlichkeit und in der Presse tauchen immer wieder Nachrichten über die angeblich unmittelbar bevorstehende Besetzung dieser oder jener Städte durch die Polen auf, die die Bevölkerung beunruhigen. Wie aus der zuverlässigen Seite erklärt, entstehen alle diese Nachrichten der realen Unterlage, weil gegenwärtig noch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages noch nicht genau festgestellt werden kann. Nach Artikel 40 des Friedensvertrages tritt dieser erst in Kraft, nachdem er außer durch das Deutsche Reich noch durch mindestens drei der übrigen Großmächte, sowie durch die Macht ratifiziert ist, der gegenüber die betreffenden Bestimmungen Geltung haben. Dieser ist der Friedensvertrag lediglich von Deutschland ratifiziert worden, und es läßt sich noch nicht übersehen, wann die weiteren Ratifikationen erfolgen werden. Daber ist, wie bekannt, im Augenblick der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages noch völlig ungewiß.

### Anschluß der deutschen Kreise der Ostprovinzen.

WTB. Berlin, 19. Juli. Die deutschlebenden Kreise der Ostprovinzen Westpreußen und Polen sollen an die schon bestehenden Verwaltungseinheiten angeschlossen werden. Die Mitteilung der V. R. R. bezieht sich insofern, als bekannt ist, die die Politik des Reichspräsidenten die Auflösung des Gouvernements für den 31. August vorzuschlagen hat. Diferenzen irgendwelcher Art bestehen zwischen dem Gouverneur und dem Reichswirtschaftsminister Kossel nicht. Die Auflösung erfolgt aus rein praktischen Gründen, dürfte aber bis 31. August noch nicht durchgeführt sein, zumal die Unterstellungen des Gouvernements bestehen bleiben müssen.

### Teilleise im französischen Kabinett.

Das Ministerium in der Widerheit. WTB. Brüssel, 19. Juli. In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde über die allgemeine Teuerung und über die Ernährungsminister der Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden als höchlich angegriffen, hauptsächlich von den Sozialisten. Die Mehrheit des Kabinetts hat die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig richtig gehalten und erklarten, was habe, um gegen die Teuerung anzukämpfen, die Mehrheit erhebt, ein Gesetz gegen Spekulationen, die sich nicht darum kümmern, und schließlich einen Wirtschaftsausschuss einzurufen, aber zugeben, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befindet, daß es Hilfe von seinen Alliierten her verlangen müsse. Schließlich wurde auch die Personalität als höchlich angegriffen, namentlich der Wert der französischen Leuten ungenügend gemacht. Ernährungsminister Kossel war als einziger Minister anwesend und verteidigte die Politik des Ministeriums. Er verwies schließlich die Anpreisung von Kossel, der auch in die Debatte eintritt und erklärt, das Ministerium habe sich ungenügend erwiesen, gegen die Teuerung anzukämpfen. Belgien und Italien hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung annehmen zu können. Doch wurde der Tagesordnung Kossel mit 227 gegen 218 Stimmen der Antrag abgelehnt. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Widerheit getrieben. Der Ernährungsminister Kossel hat Clemenceau den Rücktritt angeboten, doch ist noch unbekannt, ob sie angenommen wurde, und ob schließlich nicht das ganze Kabinett in die Krise hineingezogen wird. Die Entscheidung soll heute vormittag fallen.